

Presseinformation - 11.08.2023

Kfz-Gewerbe Bayern: Politik muss Anreize für Wirtschaftswachstum schaffen

Präsident Vetterl: „Kfz-Innungsbetriebe brauchen Bekenntnis zur Technologieoffenheit und belastbare Zukunftsaussicht“

München. Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen kritisiert die aktuelle deutsche Wirtschaftspolitik als zunehmende Belastung für die Kfz-Innungsbetriebe. „In Berlin wird aus parteipolitischen Gründen taktiert und gestritten, statt gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln. So kommt die deutsche Wirtschaft nicht in Schwung. Das sind keine guten Rahmenbedingungen für unsere allein in Bayern rund 7.000 mittelständischen Kfz-Innungsbetriebe“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des Kraftfahrzeuggewerbes Bayern. „Unsere Kundinnen und Kunden sind aufgrund der wirtschaftlichen Situation extrem zurückhaltend. Dazu kommt die hochpreisige Modellpolitik der Hersteller, die sich aufgrund staatlicher Vorgaben von günstigen Verbrennerfahrzeugen verabschieden und mit preiswerten Elektro-Einstiegsmodellen nicht hinterherkommen.“ Das Werkstattgeschäft könne die Kaufzurückhaltung im Neuwagensegment nicht ausgleichen, zumal der Gebrauchtwagenmarkt weiter stark angespannt sei, sagte Präsident Vetterl.

Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe fordert daher von der Politik, pragmatische Lösungen und echte Anreize für ein Wirtschaftswachstum zu schaffen. „Wir haben große Unsicherheit beim Heizungsgesetz, wir haben hohe Steuerbelastungen, wir haben eine am Mittelstand vorbeilaufende Industriestrom-Debatte – so können weder unsere Kundinnen und Kunden, noch unsere oftmals familiengeführten Betriebe wirtschaftlich planen. Weder für das kommende Jahr, geschweige denn für mögliche Betriebsübergaben“, sagte Präsident Vetterl.

Dabei stelle sich das mittelständische Kraftfahrzeuggewerbe den Herausforderungen der politisch gewollten Mobilitätswende. „Wir bilden Nachwuchskräfte für alle Antriebsformen aus. Wir schaffen Elektro-Infrastruktur. Wir beraten unsere Kundinnen und Kunden beim Umstieg auf alternative Antriebe. Gleichzeitig vertreibt die Politik die deutsche Verbrennerproduktion, also einen bisher relevanten Wohlfahrtsfaktor, nach Asien und fährt einen Zick-Zack-Kurs bei der E-Förderung.“ All das verunsichere die rund 140.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildenden in Bayerns Kfz-Innungsbetrieben.

„Wenn das Kraftfahrzeuggewerbe gerade außerhalb der Ballungsräume auch künftig dafür sorgen soll, dass die individuelle Mobilität egal mit welchem Antrieb gesichert ist, dann brauchen wir von der Politik auch eine entsprechende Zukunftsaussicht. Denn ob das Verbrennerverbot für Neufahrzeuge, das die EU durchgesetzt hat, wirklich 2035 kommt oder nicht – das ist aktuell weiterhin völlig offen. Deshalb brauchen wir in Brüssel und Berlin ein Bekenntnis zur Technologieoffenheit statt grüner Ideologie.“